

Zeno-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Postverlagent: Dortmund.

Volksblatt für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 62

Donnerstag, den 4. März 1937

Jahrgang 1937

Botschafter faupel bei General Franco

Der spanische Staatschef erklärt: „Das Beispiel, das das Deutschland Adolf Hitlers gegeben hat, wird Spanien bei seinem Befreiungswerk Kraft geben.“

Volksversöhnung — Völkerveröhnung.

Botschafter faupel überreicht sein Beglaubigungs-
schreiben.

DM Salamanca, 3. März.
Im Prunksaal des historischen Rathauses von Sala-
manca überreichte Botschafter faupel dem spanischen
Staatschef, General Franco, sein Beglaubigungs-
schreiben. Dabei führte Botschafter faupel aus:

Sehr Staatschef! Indem ich Ihnen mein Beglau-
bigungsschreiben überreichte, habe ich gleichzeitig die
Ehre, Em. Excellenz die herzlichsten Grüße und
Wünsche des Führers und Reichsführers
zu überbringen, die mir in Berlin persönlich ausgetra-
gen wurden. Der Führer begleitet den von Em. Exzel-
lenz sicher und erfolgreich geleiteten Freiheitskampf
ständig mit der warmsten Sympathie. Die gleichen
Gefühle der Sympathie bringt ganz
Deutschland dem spanischen Volke ent-
gegen.

Was die Vertreter des internationalen Kommu-
nismus in den letzten Monaten auf spanischem So-
den taten, sollte der ganzen Welt die Augen öffnen,
daß der Kommunismus dort, wo er die Macht an
sich reißt, Mord und Totschlag bedeutet und Mord,
Totschlag, Brand, Zerstörung und Mordfall in un-
gezügelter Grausamkeit längt vergangener Zeiten
bringt.

Wir Deutschen sind der Überzeugung, daß die
Völkerveröhnung die beste Grundlage für
eine Völkerveröhnung ist. Deutschland,
dessen Führer und Reichsführer durch zahlreiche weis-
schauende soziale Maßnahmen den Klassenhass in un-
serem Vaterlande ausschaltete, ist die sicherste
Bürgschaft für den internationalen Friede-
den, da es in sich geht und nicht mehr ein Spielball
Klassenkämpferischer Parteien ist.

Deutschland und Spanien sind viele Jahrhunderte
lang durch freundschaftliche Beziehungen
aller Art miteinander verbunden. Diese Beziehungen
besonders auf allen Gebieten der Kultur und Wirtschaft
auszubauen und immer enger zu gestalten,
ist die große Aufgabe, die mir gestellt ist.

Ich bitte Em. Excellenz, meine aufrichtigsten Wünsche
für den baldigen freundschaftlichen Abschluß des Krieges und
für den Aufbau des neuen Spanien der Einheit, Freiheit
und Stärke entgegenzunehmen zu wollen.

Staatschef General Franco

brachte vor allem seine und des spanischen Volkes tiefe
Dankbarkeit dem deutschen Volk gegen-
über zum Ausdruck, das von Anfang des Krieges an die
Größe der spanischen Bewegung begriffen habe. Auch
habe das deutsche Volk dem nationalen Spanien sein
warmes Mitempfinden und seine mora-
lische Unterstützung, insbesondere die Sympa-
thie seines Führers entgegengebracht, der heute
auf Grund seiner großen Vaterlandsliebe und seiner
frühen Intelligenz der Führer eines großen Deutschlands
sei.

General Franco unterstrich, daß zwischen den bei-
den Nationen keinerlei Neigungsmöglichkeiten be-
stünden, weder auf dem politischen noch auf dem
wirtschaftlichen Gebiet. Auf letzterem sei nicht nur
jede Konkurrenz ausgeschlossen, sondern im Gegenteil
die Wirtschaftsverhältnisse beider Länder würden sich
ergänzen und vervollständigen.

Der Staatschef wies dann auf jene große Zeit hin, in
der beide Länder unter kaiserlichem Wappen vereint
waren. Gestern habe Deutschland sich gegen den Geist des
zerstörenden Marxismus wehren müssen, heute sei Spani-
en das ehrenvolle Schicksal zugefallen, der Welt zu sein,
an dem die Angriffe des Kommunismus zerbrechen.
Spanien werde seine Mission erfüllen! Das Beispiel,
das das Deutschland Adolf Hitlers gegeben
habe, werde Spanien bei diesem Befrei-
ungswerk Kraft geben.

Sodann erläuterte General Franco die Pläne des
neuen spanischen Staates. Vor allem, sagte er,
werde man für die soziale Gerechtigkeit, das
Wohlergehen und den Aufstieg der unteren Volksschichten
sorgen.

Die Pfeile des zukünftigen Spaniens seien:
Klassenversöhnung und Vaterlandsliebe, Brüderlich-
keit, Arbeit, Wohlergehen aller Spanier im Rahmen
des hierarchischen und autoritären Staates, der seine
Interessen mit den Grundgesetzen der Gerechtigkeit ver-
binden wolle.

Auf dem Rathausplatz hatten sich schon Stunden vor
dem Festakt eine dichte Menschenmenge eingefunden. Auch
Vertretungen aller nationalen militärischen und politi-
schen Organisationen mit ihren Fahnen und Kapellen
hatten Aufstellung genommen. Marokkanische Kavallerie-
abteilungen in Galauniform gestalteten das farbenprä-
chtige Bild noch reizvoller. Als Botschafter faupel in
Begleitung des Chefs des Protokolls der spanischen Na-
tionalregierung, Sangronis, eskortiert von einer
Reiterkompanie des marokkanischen Kalifen durch das

Spazier der jubelnden Menschenmenge und der präzen-
tierenden Ehrenkompanie fuhr, spielten die Militär-
kapellen die beiden deutschen Nationalhymnen. Spanische
Tageslieder zogen in niedriger Höhe über der Plaza
Major ihre Kreise.

Ein Reichsdeutscher in Bilbao von den Roten ermordet.

Mit ihm wurden ein Engländer und ein Franzose getötet. — Moses Rosenberg
will nicht nach Moskau zurück.

Bolschewistische Schreckensherrschaft.

London, 3. März.

In Bilbao verjagten die roten Machthaber, durch
immer neue Terrorakte die Bevölkerung einzu-
schüchtern. Sie können es jedoch nicht verhindern, daß die
Einwohner der Stadt in fürstlichen Rundgebungen die
Uebergabe fordern. Bei der brutalen Unter-
drückung solcher Rundgebungen wurden in den letzten
Tagen wiederum Frauen und Kinder getötet.

Auf Grund eines sogenannten „Bolschewistischen“
Urteils wurde in Bilbao, wie der nationale Sender
Bilbao mitteilt, der Reichsdeutsche Wil-
helm Redmeier, ein Schiffszimmermann aus
Hamburg, erschossen. Mit ihm fanden ein Eng-
länder und ein Franzose den Tod.

Die so unerwartet in der vorigen Woche erfolgte Ab-
berufung des sowjetrussischen „Botschafters“ in Rot-
spanien, Moses Rosenberg, findet jetzt eine neue,
überraschende Auslegung. Pariser Zeitungen hatten ge-
meldet, daß Moses Rosenberg nach Ansicht seiner Mos-
kauer Auftraggeber seinem Posten in Valencia und
Barcelona nicht mehr gewachsen war und daß er deshalb
durch den in Bürgerkriegs- und Zerkleinerungsaktionen er-
fahrenen Leo Saloborn-Galkis ersetzt wurde,
der als Anführer zahlreicher kommunistischer Aufstände in
Lateinamerika den Beweis seiner „Fähigkeit“ erbracht
habe.

Der Sender Bilbao gibt nun eine andere Aus-
legung der Abberufung Mosens, die auf zuverlässigen
Mitteilungen beruht. Rosenberg stand bei den Moskauer
Machthabern im Verdacht, mit den Trotski-An-
hängern zu sympathisieren. Er weigerte
sich jetzt, nach Rußland zurückzukehren, weil
er fürchtet, daß ihm wie so vielen anderen der Prozeß als
Trotskianer gemacht wird.

In Paris und Valencia hat dieser „Botschafterwechsel“
einen besonders peinlichen Eindruck hervorgerufen. Der
neue Sowjetvertreter für Rot-Spanien ist in Paris ein-
getroffen, wo er mit seinem Vorgänger Rosenberg, der
sich in Paris aufhält, eine längere Besprechung hatte.
Rosenberg informierte ihn über die Lage bei den Roten
in Valencia und Barcelona. Die Bolschewisten in Va-
lencia hätten nur den Wunsch, so schnell wie mög-
lich nach Barcelona zu flüchten, da sie sich in
Valencia nicht mehr sicher fühlten. Saloborn-Galkis

Nach Beendigung des feierlichen Aktes im Rathaus er-
schienen Staatschef General Franco und Botschafter
faupel mit dem weißbärtigen General Cabanellas
auf dem Balkon. Sie begrüßten die begeisterte Menge,
während die Nationalhymnen beider Länder erklangen.

Kriegswichtige Werke in Katalonien von nationalen Fliegern zerstört.

DM Salamanca, 3. März.

Der Heeresbericht des Oberbefehlshabers von Sala-
manca vom Dienstag meldet: Die Angriffe der Bolsche-
wisten an der Dordognefront waren schwächer als am
vergangenen Tage. Sie wurden mit großen Verlusten
für den Gegner abgeschlagen. Flüchtlinge aus Madrid
berichten, daß die bolschewistischen Verluste in der letzten
Zeit an der Saragossafont außerordentlich groß
waren. Von der Saragossafont wird gemeldet, daß die
Bolschewisten bei Sagua (baldig) einen Angriff
unternommen haben, der zurückgeschlagen wurde.

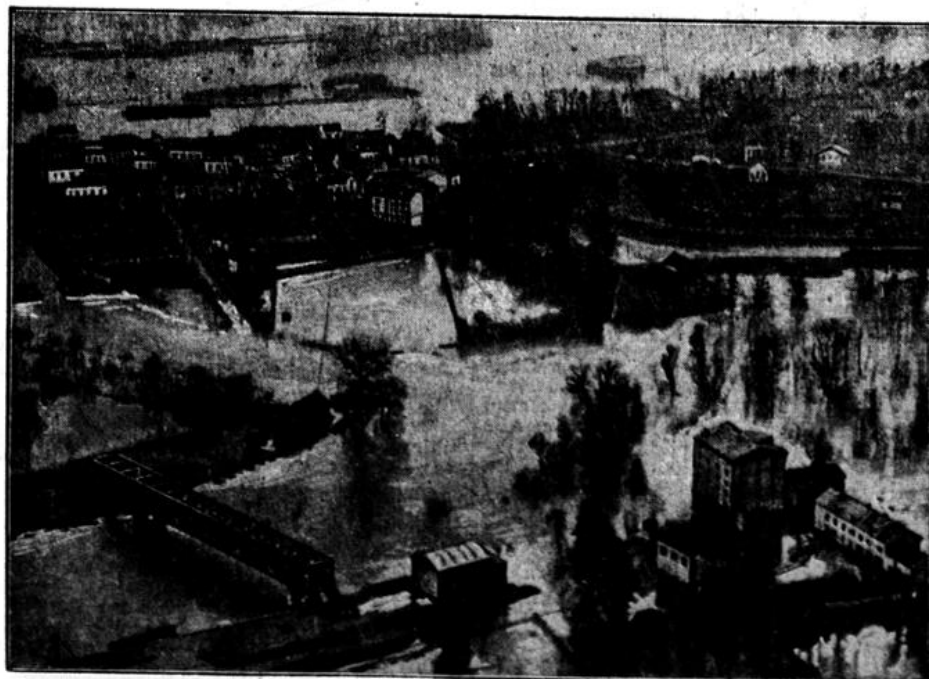
Ferner dementiert der Heeresbericht die Rundfunk-
nachrichten aus dem bolschewistischen Lager über ange-
kündigte Bombardierungen nichtmilitärischer Objekte durch
nationale Flieger. Der Bericht meldet, daß die nationalen
Flieger in diesen Tagen ein fatalistisches Ge-
fährdungsstadium durchlaufen, das den bolschewistischen
Waffenfabriken Strom lieferte, sowie die Flitzfabrik in
Tarragona, die jetzt an Stelle des bekannten Insekten-
vergiftungsmittels Giftgas herstellt, bombardiert
und zerstört hätten.

Gaschuh wird Unterrichtsfach in den ägyptischen Schulen.

DNB Berlin, 3. März.

Welche Bedeutung Ägypten dem Luft- und Gaschuh
beimibt, erweist die Tatsache, daß vor einigen Wochen
ein Beamter des ägyptischen Gesundheitsministeriums
eine Reise nach England unternahm, um die dort ge-
troffenen Luftschuhmaßnahmen an Ort und Stelle zu stu-
dieren. Nach seiner Rückkehr arbeitete er einen Plan
zum Aufbau des zivilen Luftschuhes in
Ägypten aus.

Beachtlich ist der darin enthaltene Vorschlag, Gas-
masken bereitzustellen, die im Kriegsfall kostenlos an
die Bevölkerung abgegeben werden sollen. Ferner ent-
hält der Plan den Vorschlag, in Kairo eine Gaschuh-
schule einzurichten, an der Führerpersonal im Gaschuh
ausgebildet werden soll. Luft- und Gaschuh soll Un-
terrichtsfach an allen ägyptischen Schulen
werden.



Auch die Marne führt Hochwasser.
Infolge der anhaltenden Regenfälle trat auch die Marne über die Ufer. Unser Bild zeigt das überschwemmte
Dorf Esby in der Nähe von Meaux (Associated-Press-M.)

Tagesrundschaau.

Zusammenfassung der Kräfte im Reichsnährstand.

Die deutsche Offent-
lichkeit und das deutsche
Landvolk sind in den
Tagen und Wochen wie-
derholt auf Personalveränderungen innerhalb des
Reichsnährstandes hingewiesen worden. Bewährte
Bauern, Praktiker und Kämpfer sind vielfach in dessen
Hauptabteilungen berufen worden. Die letzte derartige
Veränderung war die des Landesbauernführers Körner
von der Landesbauernschaft Freistaat Sachsen für eine
begrenzte Zeit an die Verwaltung in der Reichsführung
des Reichsnährstandes. Kurz vorher wurde Hauptabteil-
ungsleiter Korte für die Organisation der Markt-
ordnung der Fischwirtschaft freigestellt, wurde
Schneider-Gedersdorf aus Schlesien zur In-
spektion der Durchführung der Erzeugungsschlacht in
den Dörfern bestellt. Generell gesehen wird dadurch
deutlich das Bestreben des Reichsbauernführers Körner
bar, die Praktiker vom Lande stärker zur Lösung der
organisatorischen Aufgaben in der Zentrale des Reichs-
nährstandes heranzuziehen, und dadurch die Fehler zu
vermeiden, die sich gewöhnlich dann einstellen, wenn der
Theorie am Grünen Tisch ein zu großer Raum befreit
gestellt wird. Der Reichsbauernführer, R. Walfert
Darré, der bekanntlich zugleich auch Reichsernährungs-
minister und Reichsleiter der NSDAP ist, hat nunmehr
auch innerhalb der Spitze der ihm unter-
stellten Stellen alle Kräfte mitein-
voll zusammengefaßt. Diese Vereinigung von
agrarpolitischen Amt der NSDAP, von staatlicher Auf-
sichtsbehörde und von Selbstverwaltung des Standes
verbürgt eine Schlagkraft, wie sie bei anderen Ständen
in dieser Einseitigkeit noch nicht erreicht ist. Darré
hat eine Reihe von Arbeitsausschüssen einge-
setzt. Es gibt solche für die Bodenordnung, für die Er-
zeugungsschlacht, für die Verbrauchslenkung, für die
Marktordnung, für die Außenhandelsordnung und für
Landarbeiterfragen. Diese Arbeitsausschüsse setzen sich
aus den maßgebenden Referenten aller beteiligten Stel-
len zusammen. Die Ergebnisse der Ausschüsseberatungen
liegen dann später einer zweiten Überprüfung vor, durch
die eine harte Schlagkraft gewährleistet wird. Es ist
der ernährungs- und wirtschaftspolitische Arbeitssena-
tum alle bürokratischen Zuständigkeitsfragen auszuschälen.
Um alle bürokratischen Zuständigkeitsfragen auszuschälen
Unterchieds hier zu einem besonderen Gremium zuzu-
mengefaßt. Ihm gehören an: Staatssekretär Herbert
Bade, Reichsbeamter Wilhelm Weinberg, Staats-
sekretär Werner Villikens, Staatsamtsführer Dr.
Hermann Reichle und Verwaltungsamtsführer
Freiherr von Kanne. In diesem Gremium werden
alle Aufgaben eingehend geprüft, ob sie finanziell, tech-
nisch und zeitlich durchführbar sind. Sie werden danach
dem Beauftragten des Führers für den Vierjahresplan
Ministerpräsidenten Hermann Göring zur letzten Ent-
scheidung vorgelegt. So ist hier in der Zentrale des
Reichsnährstandes organisatorisch alles vor-
bereitet worden, um den Reichsnährstand mit aller
Kraft für die Frühjahrssaat zu bewegen, von der im
Rahmen des Vierjahresplanes sowiel für das deutsche
Volk ernährungs- und wirtschaftspolitisch abhängt. Bereits in Gosl-
ar auf der Reichsbauernversammlung war die stärkere Heranzie-
hung der untersten Instanzen des agrarpolitischen
Apparates der Orts- und Reichsbauernführer sichtbar
geworden. Vergleicht man die Ergebnisse der Erzeu-
gungsschlacht in den einzelnen Ortschaften und Kreisen
miteinander, die unter einigermassen gleichen Bedin-
gungen arbeiten, so erlebt man immer wieder von
neuem die Bestätigung der alten Erfahrung, wie unge-
heuer viel gerade auf dem Lande von dem Können und
dem persönlichen Ansehen der Kreis- und Ortsbauern-
führer abhängt. Von ihrem Beispiel und ihrer Energie
hängt im wesentlichen der Stand der Erzeugungsschlacht
in den Kreisen und Ortschaften ab. Noch mehr als bis-
her gepflegt werden müssen die Dorfvereinnungen, die
Kreisvereinnungen, die Aufklärungsarbeit, der Umgang
durch die Ställe und durch die Acker. Im Rahmen der
Verbundung für das deutsche Fachbuch wird gerade auch
von Seiten des Reichsnährstandes alles getan, um durch
billige und moderne Schriften jedem Landwirt die Mög-
lichkeit zur eigenen Weiterbildung und Unterrich-
tung zu bieten. Hier hinein gehört auch die große Aktion
für die Errichtung von Dorfbüchereien. Nach wie vor
hängt jedoch alles von der Ueberzeugung jedes einzelnen
Landwirts ab, daß von ihm, dem Betreuer des heimat-
lichen Grund und Bodens, von seiner Tatkraft und In-
telligenz das deutsche Volk den letzten Einfluß erwartet.

Gold oder Produktion?

In der Rede des Führers am
30. Januar 1937 und in den
Leipziger Ausführungen des Bot-
schafers von Ribbentrop tritt ein wesentlicher Gedan-
kengang ins Licht, der bisher in der deutschen
Öffentlichkeit vielleicht zu wenig beachtet worden ist.
Gewiß, dieser Gedankengang wurde nicht als eine sen-
sationelle Erfindung vortragen, aber er war doch ein-
deutig betont. Es handelt sich um nicht mehr und nicht
weniger als um den Grundgedanken, daß die Währung eines
Landes nicht von Goldvorräten der Notenbank, sondern

von der Erzeugungstrakt und dem Erzeugungs-
wille dieses Landes bedacht werde. Hören wir
Adolf Hitler: „Die Volksgemeinschaft lebt nicht
von dem fiktiven Wert des Geldes, sondern von der
realen Produktion, die dem Geld erst seinen Wert ver-
leiht. Die Produktion ist die Deckung der Währung.“
Ribbentrop sagte: „Unser zu einer Einheit zusammen-
geschweißter Volkstörper hat in den letzten vier Jahren
bereits eine große Anzahl in früheren Zeiten für un-
antastbar gehaltenen wirtschaftlichen Dogmen ab-
geworfen und manches Problem gelöst, das unter
unseren früheren liberalistischen Wirtschaft un-
lösbar schien. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur an die
Wirtschaft des Goldes erinnern. Der deutsche Wirt-
schaftskörper hat den Beweis erbracht, daß es einer nach
einheitlichen Gesichtspunkten geführten Wirtschaft —
getragen von dem zielbewußten Willen eines eifrigen
Volkes — möglich ist, ohne Gold zu existieren. Wer
hätte dies noch vor wenigen Jahren für möglich gehalten?“
Niemand wird den starken sozialistischen Einschlag
dieser Grundzüge verkennen: Die arbeitende
Volksgemeinschaft wird zur Trägerin
der Währung. Freilich ist das kein Handels- und
Spekulantensozialismus, bei dem die produktiven Kräfte
einer Nation verarmen, während die Finanzhugen
gütlich tun. Es ist auch kein Sozialismus, der die wirt-
schaftliche Abneigung dieser Art von einem lässlichen
Webersohn und einem berühmten deutschen Philo-
sophen und Freiheitskämpfer von 1813, lange vor Carl
Marx und Ferdinand Lassalle, entwickelt worden sind.
Der eine oder andere Leser wird vielleicht erraten, daß
wir auf die Schrift „Der geschlossene Handelsstaat“
von Johann Gottlieb Fichte zu dem Jahr 1800 an-
spielen. Nun wird es nicht schwer, zweierlei zu begrei-
fen: Daß sich Deutschland eher einschränkt als auf-
pumpt (Kredit) laßt. Die meisten Kreditangebote, die
in mehr oder minder verfallener Form von Finanzkapi-
talisten alten Stils an Deutschland gemacht worden
sind, haben eine unheilvolle Ablehnung erfahren. Rib-
bentrop sagt: „Grundmäßig wurde der Kreditweg aus-
geschaltet. Das Dritte Reich wollte nicht in die Schuld
der Welt geraten.“ Die zweite Folgerung ist die, daß
keine einzige Arbeitsstunde ungenutzt verlorengehen
darf. In der Führerrede vom 30. Januar heißt es:
„Und hier kann der Staat alles tun, nur etwas nicht,
nämlich — wie dies der Fall war — über 12 Milliar-
den Arbeitsstunden im Jahr für Jahr einfach verloren-
gehen lassen!“ Hier ist der Gegenstand auf die Spitze
gestellt: Massenarbeitslosigkeit zur Zeit
des Goldes, Arbeitsfülle zur Zeit
des Sieges, daß die Erzeugung die Wäh-
rung deckt!

**Der militärische
Gesellschaftsbefehl
geht vor.**

Eine interessante Ent-
scheidung auf arbeitsrecht-
lichem Gebiet hat unlängst
das Landesarbeitsgericht
Leipzig in folgender Angelegenheit gefällt. Der Labo-
ratoriumsgehilfe eines städtischen Krankenhauses war
früher entlassen worden, weil er dem Gesellschafts-
befehl des zuständigen Wehrbezirkskommandos
Folge geleistet hatte, obwohl sein beruf-
licher Vorgesetzter ihm gegenüber seine Unabkömm-
lichkeit erklärt hatte. Das Landesarbeitsgericht hat
die fruchtlose Entlassung als unberechtigt ver-
worfen. Es hat zwar anerkannt, daß der Ge-
sellschaftsbefehl, der die militärische, guten
Grund für ihre Stellungnahme hatten, daß aber an-
dererseits der betreffende Angestellte in dieser Lage
in einen schweren Konflikt kommen mußte. Dem-
gemäß hat das Landesarbeitsgericht eine schwere Ver-
letzung von Dienstvertragspflichten durch den Labo-
ratoriumsgehilfen als nicht vorliegend erkannt. Es
dürfte im übrigen auch dem Empfänger der Ange-
meinschaft entsprechen, daß ein militärischer Ge-
sellschaftsbefehl allein beruflichen und privaten
Verpflichtungen selbstver-
ständlich vorgeht.

**Neue Gebiets-
einteilungen
in Polen.**

Die polnische Regierung hat
eben durch ein Gesetz die
Grenzen der Wojewo-
datschaften in Polen, Kom-
merellen, Warschau und Lodz neu geord-
net. Polen und Kommerellen waren bis jetzt als
verwaltungsrechtlich geschlossene Gebiete so belassen wor-
den, wie es seinerzeit von Deutschland übernommen
worden waren. Es spielen hierbei auch Rücksichten auf
die verschiedenen Gesele. Für Kongreß-Polen,
Galizien und die ehemals preussischen Provinzen gelten
zum Teil bis heute noch die betreffenden gesetzlichen
Vorchriften der Länder, aus denen sich das heutige
Polen zusammensetzt. Langsam ist die Rechts- und Ge-
seleangleichung inzwischen erfolgt und man geht nun
mehr dazu über, durch eine weitgehende Vereinheit-
lichung den Charakter vor allem Polens und Kommer-
ellens als abgetrennter deutscher Provinzen zu ver-
wischen. Polen erhält einige Kongreßpolnische Kreise
und gibt dafür einige Kreise an Kommerellen ab, das
seinerseits wieder in einen Gebietsaustausch mit der
Wojewodschaft Lodz eintritt. Wiederholt schon ist von
polnischen Zeitungen auch eine bevorstehende Neuglie-
derung des ostpreussischen Gebietes angekündigt wor-
den, dessen Autonomie wohl nach dem 15. Juli 1937,
dem Zeitpunkt des Ablaufs der Genfer Konvention —
am längsten existiert haben wird. Man wird sicherlich
Strebens nach mit den benachbarten polnischen Indus-
triegebieten auch verwaltungsmäßig zusammenzuschlie-
ßen, um hier noch mehr als in Polen und Kommerellen
über die Aufgabe der Erziehung eines prozentual starken
Anteils der deutschen Minderheit äußerlich hinwegzu-
kommen.

300 000 Mark-Gewinn gezogen.

DNB Berlin, 3. März.
In der heutigen Vormittagsziehung der Preussisch-
Sächsischen Klassenlotterie fiel ein Gewinn von
300 000 M auf das Los Nr. 293 037 in beiden
Abteilungen. Die erste Abteilung wird in Aktien in
Seiten, die zweite ebenfalls in Aktien in Bayern
gepielt.

Der schwedische Außenminister Sandberg wird sich
demnächst auf Einladung der französischen Regierung
nach Paris begeben. Er wird diesen Besuch mit
einer Reise verbinden, die er Mitte März nach Lon-
don unternimmt.

Vernünftige Stimmen im Oberhaus.

„Die Furcht vor Deutschland — ein aufgepöppeltes Gespenst.“

London, 2. März.
Gleichzeitig mit dem Unterhaus behandelte auch das
Oberhaus außenpolitische Fragen. Lord Lothian
legte die Aussprache über den Antrag Lord Arnolds
Veränderung der britischen Außenpolitik fort. Auch er trat
für einen Wandel in der Außenpolitik ein,
die mit der tatsächlichen Lage in Einklang gebracht wer-
den müsse. Die vorbrügliche Frage sei die, ob es mög-
lich sei, bei Ausbruch eines Krieges zu verhindern, daß
dieser sich zu einem Weltkrieg entwidle.

Lord Lothian wandte sich hierauf gegen eine Po-
litik, die darauf abgestellt ist, Deutschland schwach zu
erhalten. Das sei im Grunde genommen eine fran-
zösische Politik.

Das Allianz-System, das mit Bündnissen zwischen Fran-
reich und der kleinen Entente und Polen begonnen habe
und das nunmehr auch Sowjetrussland umfasse, habe
unvermeidlich auch Bündnisse auf der Gegenseite hervor-
gerufen. Im übrigen sei ein Teil der Gegenkräfte her-
vorgerufen. Sicherheit von einer Furcht vor Deutschland her.
Gewisse Leute in der Welt, Diplomaten, hohe Beamte
und Männer des öffentlichen Lebens schienen zu glauben,
daß Deutschland den Frieden Europas stören würde.

Lothian wies hier darauf hin, daß Deutschland einen
Nachbarn im Osten habe, dessen Rüstungen dreimal
so groß wie seine eigenen seien. Unter Berücksich-
tigung dessen, daß Deutschland in einem außerordent-
lich gefährdeten Teil Europas liege und daß
es durch die Entwicklung der Luftwaffe viel ver-
wundbarer geworden sei als Großbritannien, sei er
zu der Ansicht gekommen, daß die Furcht vor
Deutschland zum großen Teil ein aufge-
pöppeltes Gespenst sei.

Eine Einreisepolitik gegenüber Deutsch-
land schaffe die Vorbereitung für eine Explosion, die für
Großbritannien und die Welt einen neuen Krieg mit sich
bringen würde. Auf alle Fälle müsse dafür gesorgt werden,
daß örtliche Krisen nicht zu allgemeinen würden.

Die Forderungen des Sudetendeutschums

Unterredung Henleins mit der „Tribuna“.

DNB Rom, 3. März.
Konrad Henlein, der Führer der Sudetendeutschen
Partei, hat dem Vizepräsidenten der „Tribuna“ eine
Unterredung gewährt, in der er die Einstellung der
Tschchoslowakei und der von ihm vertretenen deutschen
Minderheit gegenüber der kommunistischen Gefahr dar-
stellte und dann die Beziehungen der Tschchoslowakei zu
Deutschland behandelte.

Henlein erinnerte zunächst daran, daß die Sude-
tendeutsche Partei den Bolschewismus
stets in allen seinen Formen bekämpft hat.
Es sei der Partei gelungen, die Stimmen von 70 v. H.
aller Sudetendeutschen zu gewinnen und auch in die
kommunistischen Reihen Brechen zu schlagen. Viele frü-
heren Kommunisten betonen sich heute vollkommen zu
den Grundrissen der Sudetendeutschen Partei.

In tschechischen Regierungskreisen, so erklärte Henlein
ferner, werde immer wieder behauptet, daß der Pakt
mit Sowjetrussland keinerlei Einfluß auf die
Entwicklung der tschechischen Innenpolitik habe.
Man dürfe aber nicht vergessen, daß die tschechische
Propaganda sowjetrusslandlich eingestellt sei. An-
dererseits würde es falsch sein, zu übersehen, daß in der
Tschchoslowakei auch eine stark antikommunistische Strö-
mung zu verzeichnen ist.

Die Sudetendeutschen haben ein tiefempfundenes
Nationalgefühl und wünschen die Verwirklichung
nationaler Erzeugnisse, nicht durch Klassen-
kämpfe, sondern durch die Auswirkungen einer ge-
meinsamen nationalen Zusammenarbeit.

Zu den außenpolitischen Fragen erklärte Henlein in
bezug auf die Möglichkeiten einer Entwicklung der Zu-
sammenarbeit in Mitteleuropa, daß die
Werte Rom-Berlin allgemein ein Element der
Stetigkeit in der europäischen Entwicklung darstelle. Es
sei wichtig zu prüfen, ob die Werte Rom-Berlin für die
Tschchoslowakei nicht eine größere Sicherheitsgarantie
darstelle als die problematische Freundschaft mit Sow-
jetrussland. Jener müsse allerdings das Sudetendeutsche
Problem gelöst werden, indem man den Sudetendeutschen
die politischen und rechtlichen Garantien gebe, die ihnen
eine sichere Zukunft gewährleisten.

Was das innerpolitische Verhältnis der Sudeten-
deutschen zur Tschchoslowakei betreffe, so betonte Hen-
lein, daß rein verwaltungsmäßige
Maßnahmen keinesfalls genügen könnten,
um den Erwartungen der dreieinhalb Millionen Deut-

Alle Hochschulen in Rumänien geschlossen

Der neue innerpolitische Kurs.

Sämtliche Logen und Geheimverbände aufgehoben.
Studentenschaft und Geistlichkeit wird politische
Betätigung verboten.

DNB Bukarest, 2. März.
Der Ministerrat hat am Dienstag Beschlüsse zur
Ausmerzung politischer Strömungen aus
dem studentischen Leben und der Entspannung
der innerpolitischen Lage gefaßt.

Sämtliche Hochschulen und Hochschulei-
me sollen mit sofortiger Wirkung gesperrt wer-
den. Die Betätigung wird erst nach Inkrafttreten des
neuen Hochschulgesetzes wieder aufgenommen. In dieses
neue Hochschulgesetz soll ein Paragraph aufgenommen
werden, der strenge Strafen androht für Teilnahme der
Studenten an politischen Parteien oder politischen Kund-
gebungen. Das bereits bestehende Uniform- und Ab-
zeichenverbot soll verstärkt werden.

Ferner wurde der Kultusminister ermächtigt, mit dem
Patriarchen von Rumänien Maßnahmen zur Bekämpfung
jener Priester zu vereinbaren, die am politischen Kampf
teilnehmen. Die Ausübung der Kirche als po-
litische Waffe soll unmöglich gemacht
werden, weil gerade unter den jüngeren rumänischen
Geistlichen eine starke Neigung zur Teilnahme am po-
litischen Leben festzustellen war. Schließlich wurde be-
schlossen, daß sämtliche Logen und Geheim-
verbände mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden.

Forderungen des Kultusministers an den Patriarchen.

DNB Bukarest, 3. März.
Auf Grund der Ministerratsbeschlüsse über die Ent-
politisierung der Schulen und Kirchen sind

Lord Lothian regte dann eine allgemeine Politik
unverbindlicher Verpflichtungen zur Mit-
einmischung an. Dabei wies er auf die Bedeutung der
englisch-amerikanischen Beziehungen hin und forderte die
Regierung auf, ein Bündnis mit den Vereinigten
Staaten einzugehen. England und die Vereinigten
Staaten sollten eine gemeinsame Verankerung dagegen
eingehe, daß ein europäischer Krieg nicht zu einem Welt-
krieg führe.

Lord Cecil stellte sich auf den Standpunkt, daß auf
Grund eines englisch-amerikanischen Einverständnisses
kein System möglich sei. Amerika werde sicherlich jeden
Versuch dieser Art ablehnen, falls Großbritannien den
Teil seiner europäischen Verpflichtungen be-
halte, der die Verteidigung Frankreichs und Belgiens
vorsehe. Diese Verpflichtungen könne man jedenfalls nicht
aufrechterhalten, wenn man gleichzeitig eine Nicht-
mischungspolitik betreiben wolle, wie sie Lord Lothian
vorgeschlagen habe. Lord Cecil unterstützte dann die Auf-
föhrte, klarzustellen, daß sie nicht für ein bestimmtes Land,
sondern für die Aufrechterhaltung eines neuen interna-
tionalen Kontrollsystems kämpfen werde. Lord Mans-
field erklärte sich für eine Politik Englands ein, die sich
aus allen Verwicklungen heraushebe. Im Zusammenhang
damit erklärte er, die größte Gefahr für den
Frieden liege bei der Tschchoslowakei. Die
Tschchoslowakei sei einer der schärfsten Schärpe,
die Lloyd George, Clemenceau und Wilson verbrochen
hätten. Die Aussprache wurde hierauf auf Mittwoch ver-
zagt.

Der Oppositionsantrag vom Unterhaus abgelehnt.

London, 3. März.
Am Schluß der gestrigen außenpolitischen Aussprache
wurde der Antrag der Opposition, die Mittel für
das Auswärtige Amt herabzusetzen, mit 243 gegen
134 Stimmen abgelehnt.

Es gereicht zu werden. Vielmehr müsse die Tschchoslo-
wakei die Nationalrechte anerkennen, um so
mehr, als sie in einem Nationalitätenstaat ein konstruk-
tives Moment bilden.

Die Sudetendeutschen verlangten also Gesele, mit
denen nicht nur ihre Existenz garantiert wird, son-
dern auch eine Verpflichtung der derzeitigen Regie-
rung und der gesamten Nation, von der dies bekräf-
tigt wird.

Es gehe nicht an, daß eine demokratische Regierung
bei den Verhandlungen über ein derart bedeutsames
Problem stets die Mehrheit übergehe, wie dies bisher
geschehen sei.

Was schließlich die Beziehungen zwischen
Deutschland und der Tschchoslowakei be-
treffe, äußerte Henlein, daß bei der derzeitigen unsicheren
Lage Prophezeiungen sehr schwer seien. Sicher sei je-
doch, daß die Beziehungen von denen zwischen dem
Reich, Frankreich und Sowjetrussland abhängig sein
würden. Die Sudetendeutsche Partei habe stets — und
erst recht heute — das größte Interesse an guten Be-
ziehungen zwischen der Tschchoslowakei und dem Reich.

Döllige Verständnislosigkeit

für die berechtigten Forderungen der Sudeten-
deutschen in der „Times“.

DNB London, 3. März.
Einen Beweis dafür, wie wenig sich die englische Men-
talität in die Belange des Grenz- und Auslandsdeut-
schums zu versetzen vermag, liefert, einmal mehr, die „Ti-
mes“, die sich in einem Zeitungsstück mit dem Verhältnis
der Sudetendeutschen Partei zur tschechischen
Regierung auseinandersetzt. Das Blatt glaubt
dabei die einzelnen Punkte der Rede Henleins in willkür-
licher Weise zu bündeln und verzerrt sich zu der durch-
aus falschen Behauptung, die „Sudetendeutsche“ der
tschechischen Regierung seien „fair und verständlich“.
Man könne kaum einsehen, so heißt es in dem von
Sagittarius nach getriebenen Zeitungsstück weiter, welche
meistens (?) Rechte praktisch innerhalb der Grenzen der
tschechischen Verfassung gewährt werden könnten.
Wenn Henlein auch die „Zugehörigkeit“ ablehne, so wür-
den sie doch unmittelbar seinem Nachfolger zugute kom-
men. Die tschechischen Gebiete seien jetzt voll (?)
nahme der tschechischen Wiederbelebung und der Ab-
lösung, wobei der Verfasser also offensichtlich die dieser
Zahlenangaben unberücksichtigt läßt.

Einpruch zu erheben. Das Verbot der politischen Be-
tätigung nannte Goga eine Schwächung der Bürger-
rechte der Studenten und Priester. Zwischen Goga und
dem Kultusminister, der seinen Ausführungen mehrmals
entgegentrat, entspann sich eine Wechselrede, die teilweise
ziemlich scharfe Formen annahm. Wiederholt kam es
auch zu großen Lärmjagen.

Die Ueberschwemmungen in Bayern.

Sofortige Maßnahmen des Reichsernährungs-
ministers. — Durchführung der Erzeugungsschlacht
muss gesichert bleiben.

DNB Berlin, 3. März.
Auf Grund der letzten Meldungen über die Ausdeh-
nung der Ueberschwemmungen im bayerischen
Main- und Donau-Gebiet ließ sich der Reichs-
bauernführer und Reichs- und preussische Minister für Er-
nährung und Landwirtschaft, R. Walther Darré, von
dem Landesobmann der Landesbauernschaft Bayern, De-
nninger, Bericht über den Umfang der entstandenen
Schäden erstatten.

Der Reichsbauernführer gab sofort die erforderlichen
Anweisungen, um nach Möglichkeit zu verhindern, daß im
Zuge der Erzeugungsschlacht die landwirtschaftlichen
Flächen der von dem Hochwasser betroffenen Gebiete nicht
oder nur unzulänglich genutzt werden.

Neuer Erfolg der Ju 86.

Deutscher Ohne-Hallflug Dessau-Bathurst.

DNB Berlin, 3. März.
Nach einer Funkmeldung aus Bathurst in Britisch-
Gambia ist dort am Mittwoch 17 Uhr das Ju 86-
Flugzeug D-HEED mit der Besatzung Ma-
tuch, Richterberg, Birgenstein eingetroffen. Das
Flugzeug, das am Dienstagvormittag in Dessau zu einem
Langstreckenflug gestartet war, hatte Mittwoch morgen in
der Nähe von Dakar die westafrikanische Küste verlassen
und befand sich bereits 600 km südwestlich über dem Atlan-
tisch auf dem Weg nach Südamerika, als das bis dahin
vorzüglich verlaufene Unternehmen aus noch nicht be-
kannten Gründen abgebrochen werden mußte und die
Ju 86 nach 26stündigem Flug zur Umkehr gezwungen
wurde.

Wenn auch das Endziel diesmal leider nicht erreicht
werden konnte, so bedeutet dieser Ohne-Hallflug
über rund 6500 km doch eine vortreffliche Leistung
von Leistung und Flugzeug, die sich den früheren Er-
folgen dieses deutschen Flugzeugtyps würdig anreicht.
Mit derselben Ju 86 wurde im August vorigen Jahres
schon einmal ein Ohne-Hallflug von Dessau nach Bathurst
durchgeführt; eine Ju 86 war auch, mit der vor kurzem
Hauptmann Speck von Sternberg und Hauptmann von
Blomberg gegen schärfste ausländische Konkurrenz den
Sieg im Dairflug in Kairo errangen und damit die
Leistungsfähigkeit dieses Flugzeugtyps auch im Rahmen
eines Flugportlichen Wettbewerbes überzeugend
unter Beweis stellten.

Zugunfall in den Julischen Alpen.

Zwei Tote, 6 Verletzte.

DNB Mailand, 3. März.
Zwei Tote und sechs Verletzte forderte ein Unfall auf
der elektrifizierten Eisenbahnlinie Triest-Tarvis. Eine
elektrische Lokomotive aus Roncesio, deren
Bremsen nicht in Ordnung waren, saute auf einer
abstürzigen Strecke hinter der Station Chiula
mit 150 km Geschwindigkeit auf einen
herankommenden Güterzug. Beide Lokomotiven
und zwei Güterwagen sprangen aus den Schienen und
stürzten über die Klippe. Die Führer der
beiden Lokomotiven wurden schwer verletzt geborgen.
Zwei Mann vom Güterzug fanden den Tod. Vier
Bremer erlitten leichtere Verletzungen.

Der Führer der elektrischen Lokomotive hatte das Ver-
sagen der Bremsen bemerkt und deshalb Gegenstrom ein-
geschaltet. Dabei brannte jedoch die Sicherung durch. Zu
allem Unglück verlagerten auch die Sandbremsen, so daß die
Machine auf der abfallenden Strecke in immer schnellere
Jahrt geriet.

Lawinen donnern zu Tal.

DNB Meran, 3. März.

Im hinteren Passetal auf der Straße zwischen Mos-
s und Kasten gingen vier große Lawinen hinter-
einander nieder. Eine fünfte Lawine stürzte vom Dim-
melsch in die Tiefe und rief eine Arbeiterbarade mit sich.
Zwei italienische Arbeiter wurden verletzt, dem einen wur-
den beide Beine zerquetscht. Auch im Stubaital hat
eine Staublawine die Straße bei Renat vollkommen ver-
legt.

Wo ist die Pfundnote?

Ein Zauberer ließ sie verschwinden.

London, 3. März.

Ein Zaubertrick und eine verschwundene
Pfundnote führten in einem englischen Provinz-
städtchen bei einem Festessen der lokalen Feuerwehr-Brig-
ade zu wilden Szenen.

Der anwesende Zauberer hatte sich von einem
Feuerwehrmann eine Pfundnote erbeutet, legte sie in eine
Streichholzschachtel und ließ diese in Brand, angeblich
mit der Note noch darin. Dann übergab er dem Feuer-
wehrmann eine andere Schachtel und behauptete, daß er
die Pfundnote dort hineingelegt habe. Aber es stellte
sich heraus, daß die Pfundnote verschwunden war.
Der Feuerwehrmann verlangte während kein Geld
zurück. Alles Suchen nach der Note hatte jedoch keinen
Erfolg. Schließlich wurden der Zauberer und seine
Wifflentin einer eingehenden Vernehmung unterzogen,
die jedoch gleichfalls vergebens war. Das Essen wurde ab-
geblasen. Bisher ist die Pfundnote jedoch noch nicht wieder
aufgetaucht.

Streiks bei Kolls-Royce.

DNB London, 3. März.

In den Kolls-Royce-Werken der bekannten
englischen Automobilfirma, ist es zu einem Streik gekom-
men. Bis jetzt haben 3500 Mann die Arbeit
niedergelegt. Die Verhandlungen zur Beilegung
des Streiks haben bisher zu keinem Erfolg geführt.
Sie sollen am Mittwoch fortgesetzt werden.

Menschen in Nordportugal erjoren.

DNB Lissabon, 3. März.

Aus der Sierra da Estralla in Nordportugal wird
starker Frost und heftiges Schneetreiben
gemeldet. In dem Gebirgsort Cezer wurden am Dien-
stag aus einem eingeschneiten Gehöft drei Tote geborgen,
die bei der für Portugal außergewöhnlichen Kälte er-
froren waren.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat Mussolini den
Präsidenten des Verbandes der Industriearbeiter Cla-
netti in Audienz empfangen. Clannetti berichtete Mus-
solini ausführlich über seine kürzlich beendete Deutschland-
reise.

Beila

Aufruf

Der Zug
Schirach,
für 1937 erl

Deutsc
Wieder r
gang deutsc
joll. Wie
burstag W
jungen Deut
am Wert de
Jahr hat die
100 aller de
Lebensjahr
eintraten. F
1927 ebenjo
wird.

Die Mil
das Glück d
stehen, wenn
glücklicher zu
diesem Reich

Deutsche C
deutung der
Alle Sugen

Verstärk
für

Die gelehrt
der Familie
zur bevorzue
Berufstagen
die notwendig
heit. Der wir
auch die W
Zeitungs er
von drei Kin
sicherung zur
Familienmitgl
Sonderbeiträ
derloie oder
zur Dedung de

Durch ein
minutier wird
reichen B
dergrund ge
fassen bei al
Berufstagen
sichigen o
stärkten. Nach
daß die Kranke
der Mehrheit
zahl vorzueh
Familien er
reichen Be
als für Kinder
die Krankenfu
teiligung an d
gen. Endlich h
fens und S
sichtigt werd
Förderung der
werden damit
der Bevölkerung
nationalsozialist

Der
Reserv

In einem G
stärkte der Re
den Behörden
rigen des Beu
leistung militä
entstanden, daß
Verfügung gef
seiten würden

4 1/2
Der

Sum
NM 5
Die
und 1
einem Se
Jahren 19
Alle Sch
als ausgel
Die
Preußlich
als bald
No
Folge, im
NM 40

werden hie
nachfolgend

1.
2.

3.

4.

5.

6.

7.

8.

9.

10.

11.

12.

13.

14.

15.

16.

17.

18.

19.

20.

21.

22.

23.

24.

25.



Anhe

Nummer 4

Der jüdi

Brundage

Der für seine
jüdische Ober-
waguardia, t
Deutschland, son
Aufsehen erregte
führt, eine Rede
ung auf dem
arstellt. Vor run
es amerikanische
er jüdische Frau
aß es versuche, d
die Weltzustellu
inigten Staaten
en, in der als H
Fanatikers" f
edrohe.

Es ist nicht die
eine Stellung ab
zu mißbraucht,
unsle Aktionen
und den Vereinig
tragliche Weße
zur kommen
von ihm sein
den Gangster
Bremen" im Re
sbruch gegen A
er Gipfel politi
sich dieser jü
sollverheerung
eufschland zu ei
alten Gebot de
Steatsobse
ritil zu machen,
rmelster erlaube
lles in der um
zu verleumde
elfriedens zu
elt bekant und
und seine in
ndig ist, daß ni
ktung des Frie
ie) die Böseleien
d erwartet von
k sie endlich W
erhördten Zwisch
deutsch-america
stungen ausgeleg
r. Deutschland
ger im Memory
t treffen, denn
kt, um von sol
er wird das A
des Anständigen
retreters der De
nen frivolen Der
bens beiträgt,

Amtlich

Die deutsche
Staatsdepartement
guardias Brot

Eine F

fters Thomse
 verschämten
 ergisch prote
 ll von Journal
 befragt.

Hull erklärte, er
tunsmeldungen
dlich sei es be
einigten Staaten
tiff eines anderen
Beleidigung der

gt werden muß.
 huss wird sich, n
 Verbindung seze
 Die Amtszeit L
 Da er nicht der

10